

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zum Tag der Um-
welt 1992: Rio muß
einen Prozeß einleiten.

Seite 1

Gernot Eiler MdB zu
einem eiligen Bonner
Koalitionsbeschluß:

Warum wieder deut-
sche Waffen an die
Türkei?

Seite 3

Brigitte Adler MdB zur
Entwicklung im König-
reich Thailand: Ein Zei-
chen der Hoffnung für
Südostasien.

Seite 5

Margot von Renesse
MdB zum Erfordernis,
den Berliner Ermitt-
lungsbehörden effekti-
ves Arbeiten zu ermög-
lichen: Der Rechtsstaat
lebt nicht von guten
Gesetzen allein.

Seite 6

47. Jahrgang / 107

5. Juni 1992

Rio muß einen Prozeß einleiten Zum Tag der Umwelt 1992

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre"

Die Hiobsbotschaften kommen zuhauf:

- die Europäische Gemeinschaft scheiterte beim letzten Anlauf vor Rio, eine Energiesteuer durchzusetzen,
- der EG-Kommissar für Umwelt, Carlo Ripa di Meana, lehnte daraufhin eine Teilnahme an der UNCED-Konferenz ab, weil keine ernsthafte Politik für den Klimaschutz eingeleitet werde,
- die USA lassen verlauten, daß sie die Konvention zum Schutz der Artenvielfalt nicht unterzeichnen werden, denn für die amerikanische Industrie wäre dieses Abkommen eine "Wachstumsfessel",
- von der so dringend notwendigen Konvention zum Schutz der Wälder - den größten landseitigen CO₂-Schluckern - ist ohnehin keine Rede mehr. Und dies, obwohl tagtäglich weltweit 3000 Quadratkilometer Wald vernichtet werden.

Kein Zweifel: Die Völkergemeinschaft der UNO scheint der großen globalen Herausforderung nicht gewachsen zu sein. Zumal die großen Industrieländer, als Hauptverursacher der Umweltbelastung, kläglich versagen. Die EG geht mit leeren Händen nach Rio, und die größte Wirtschaftsmacht der Erde, die USA, verweigert sich auf geradezu skandalöse Weise.

Dennoch: Rio muß und wird einen Anfang setzen. Es muß einen Prozeß einleiten, der hoffentlich in absehbarer Zeit zu einem Wendepunkt führt. Nach Rio wird niemand mehr sagen können, er habe nichts von der dramatischen Gefährdung des Lebens auf dem Planeten gewußt. Niemand wird mehr sagen können, es gebe keine Lösungen zur Verringerung der Klimaerwärmung, die Umstellung auf energiesparende und ressourcenschonende Produktion sei weder technisch noch finanziell möglich. Beides ist möglich - was fehlt, ist der politische Wille.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by Westdeutscher
Kunstdruck-Verlag



Die Industrieländer haben ihr Umweltkonto weit überzogen. Der arme und überbevölkerte Süden wird es auf Dauer nicht hinnehmen, daß 20% der Weltbevölkerung im Norden 80% der klimaschädlichen Gase ausstoßen und gleichzeitig der Dritten und Vierten Welt mehr Umweltverträglichkeit predigen wollen. Solange z.B. ein Bewohner der Bundesrepublik 20mal so viel CO₂ in die Luft pustet wie ein Inder und Deutschland 50mal so viel Giftmüll produziert wie der Durchschnitt der Entwicklungsländer, ist es um unsere Glaubwürdigkeit schlecht bestellt.

In den letzten Wochen haben die Industrieländer ein unwürdiges Versteckspiel aufgeführt:

Die Bundesregierung verweist zwar ständig auf ihren fortschrittlichen Beschluß von 1990, nämlich die CO₂-Emissionen um 25-30% bis 2005 zu reduzieren, aber sie schreitet nicht zur Tat. Wenn es zum Schwur kommt, versteckt sich Bonn hinter Brüssel, Brüssel wiederum versteckt sich hinter Washington, und Washington, der Bremser Nr.1, weist zur Ablenkung vom eigenen Unvermögen auf Tokio und wiederum zurück auf Bonn. Dies ist nichts anderes als ein Karussell der ökologischen Uneinsichtigkeit und politischen Faßheit.

Dieses Karussell muß in Rio angehalten werden. Wann nur einer aussteigt und den Alleingang wagt, würde er die andern in Zugzwang bringen. Dann könnte der Welt-Umweltgipfel wenigstens den Weg vorzeichnen zu einer lebensfähigen Zukunft.

Auch die Länder des Südens müssen umdenken. Sie müssen durch innere Reformen, z.B. durch eine gerechtere Verteilung des Bodens, die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung schaffen, die ihre Menschen ernährt und die Armut vermindert. Sie müssen vor allen Dingen abrücken von der einseitigen Fixierung auf ein industrielles Wachstumsmodell, das ihnen der Norden vorexerziert hat. Dieses Modell ist nicht tragfähig.

Zur Eröffnung der Rio-Konferenz sagte der UN-Generalsekretär Ghali: 'Der Lebensstil der reichen Länder ist ökologisch irrational'. Er hätte hinzufügen können: er ist nicht weltweit imitierbar, er führt in den Abgrund und ist daher falsch.

Was sollte in Rio auf der Tagesordnung stehen:

1. Eine Vereinbarung über feste Zeitpläne für Folgekonferenzen, bei denen dann in Protokollen sowohl verbindliche Reduktionsverpflichtungen als auch Fristen für die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen festgeschrieben werden.
2. Eine Grundsatzerklärung über den Transfer umweltfreundlicher Technologien in die weniger entwickelten Länder, damit dort nicht weiter veraltete, umweltverschmutzende Industrien aufgebaut werden, z.B. Kraftwerke mit geringem Wirkungsgrad und hohem Schadstoffausstoß, sondern moderne Anlagen, die weniger Umweltbelastungen verursachen und weniger Abfälle produzieren.
3. Die Selbstverpflichtung der Industrieländer, mit dem ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft voranzugehen; d.h. sie sollten als erste unter Beweis stellen, daß sie gewillt und fähig sind, die von ihnen ausgehenden Umweltschadstoffe drastisch zu verringern und neue umweltverträgliche Strukturen aufzubauen.
4. Eine Willenserklärung für eine umfassende Lösung der Schuldenkrise, da der Schuldendruck die Entwicklungsländer in vielen Fällen zum Raubbau an ihren eigenen Lebensgrundlagen zwingt. Diese Last muß rasch und durchgreifend verringert werden, bevor die Umwelterstörungen irreparabel geworden sind.
5. Die Einleitung einer globalen Diskussion über die Schaffung eines neuen Welthandelssystems, das endlich der Dritten Welt gerechte und stabile Preise für ihre Rohstoffe ermöglicht.

Wir brauchen eine neue Weltklimapolitik und eine neue Weltressourcenpolitik. Wird für diese Zukunftsfragen in Rio wenigstens der Boden bereitet, dann war der Aufmarsch der 170 Nationen nicht umsonst; der Tag der Umwelt 1992 könnte mit einem Stern versehen in die Geschichtsbücher eingehen.

(-/5. Juni 1992/rs/ks)

**Warum wieder deutsche Waffen an die Türkei?
Zu einem eiligen Bonner Koalitionsbeschluss**

Von Gernot Eiler MdB

Am 3. Juni hat der Auswärtige Ausschuss gegen die Stimmen der SPD den am 26. März verhängten Lieferstopp von Waffen in die Türkei wieder aufgehoben: Die Vernunft währte nur 10 Wochen, und diese Frist ist nicht zur Besinnung genutzt worden.

Besinnung aber täte not. Bonn hat von 1964 bis Oktober 1991 Waffen aller Kaliber im Wert von 8,5 Milliarden DM an die Türkei geliefert - wechselnd als Verteidigungshilfe, Materialhilfe oder Rüstungssonderhilfe. Die 18. Tranche der Verteidigungshilfe, die nun wieder laufen kann, hat einen Wert von 212 Millionen DM, das noch nicht komplett ausgelieferte NVA-Material (eine ganze Armeeausrüstung) ist 1,5 Milliarden DM wert und bis Ende dieses Jahres kann jetzt Rüstungssonderhilfe im Umfang von weiteren 580 Millionen DM hinzukommen.

Wie kam es, daß so hurtig der Normalzustand - ein ununterbrochener Strom deutscher Kriegswaffen an den Bosphorus - wiederhergestellt wurde, obwohl die Kämpfe zwischen türkischem Militär und PKK in Süd-Ost-Anatolien weitergehen? Was ist heute anders als im März, als die Bilder von die kurdische Zivilbevölkerung angreifenden NVA-Schützenpanzern den Lieferstopp auslösten?

Treueschwur per Brief

Von einer Eilmission am 27. und 28. Mai hat Staatssekretär Kastrup einen knappen Briefwechsel mitgebracht, der durch türkische Indiskretion schon am 2. Juni in die Öffentlichkeit geriet. Dieser Briefwechsel gilt nun als Garantie gegen den doppelten Vertragsbruch, den sich Ankara in den letzten Monaten geleistet hat: Die türkische Regierung hätte die NVA-Schützenpanzer vom Typ BTR 60 nach dem KSE-Abkommen gar nicht in die Südtürkei verbringen, nach den deutschen Lieferauflagen aber erst recht nicht im Bürgerkrieg mit den Kurden einsetzen dürfen.

Dieses Problem schafft jetzt ein Briefwechsel aus der Welt, in dem der türkische Außenminister Cetin die Gebrauchseinschränkung Bonns (Einsatz "ausschließlich in Übereinstimmung mit dem NATO-Vertrag") ausdrücklich bestätigt. Der Briefwechsel stellt in keiner Weise einen neuen Vertragsstand her. Er bestätigt lediglich, wozu die Türkei auch vorher schon verpflichtet war, ohne sich daran zu halten. Die Bundesregierung kann nur erneut auf die Vertragstreue eines Bündnispartners setzen, der dieses Vertrauen noch vor wenigen Wochen mißbraucht und dann, ertappt, mit ziemlich bössartigen Ausfällen gegen die Deutschen reagiert hat.

Das Rätsel der deutschen Eile

Aber das ist noch nicht alles. Denn der Kurzbrief von Hikmet Cetin enthält obendrein noch einen überraschenden Zusatz bei der Bestätigung, daß die Waffen nur zur Verteidigung gemäß NATO-Vertrag eingesetzt werden dürfen: Er verweist auf Punkt 13 des NATO-Beschlusses der Gipfelkonferenz vom 7. und 8. November 1991 in Rom, in dem es heißt, daß Sicherheitsinteressen des Bündnisses auch von anderen Risiken als einem regulären Angriff von außen berührt werden können, nämlich u.a. von "Terror- und Sabotageakten". In diesem Kontext kann dieser Hinweis nur als Legitimation für den Gebrauch der gelieferten Waffen für die Abwehr dieser Risiken (also der PKK-Aktionen) gewertet werden. Staatssekretär Kastrup versicherte zwar dem Auswärtigen Ausschuss, daß er den türkischen Gesprächspartnern unmißverständlich klargemacht habe, der Waffeneinsatz in "domestic conflicts" sei nicht akzeptabel; aber jedermann kennt längst die türkische Perzeption des Kurden-Krieges, nach der die PKK ein Aggressor von außen ist und die Integrität des türkischen Staates bedroht.

Wenn man dann noch die letzten Monate türkischer Außenpolitik Revue passieren läßt, wird die deutsche Eile, die Waffenlieferungen wieder fortsetzen zu können, immer erklärungsbedürftiger. Da rasselt der starke Mann am Bosphorus drohend mit dem Säbel gegen die christlichen Armenier, die im Krieg mit den muslimischen Aserbaidschanern um die Exklave Nagornyj-Karabach liegen - so laut, daß sich der GUS-Oberkommandierende Schaposchnikow mit der Gegendrohung meldete, das könne zum Krieg mit Rußland führen. Da drängt sich Ankara immer mehr in die Rolle der Schutzmacht aller Muslime auf dem Balkan - sei es in Bosnien, im Kosovo oder in Albanien - , während die Vorgänge in Sarajewo unsere Phantasie in den Stand versetzen, sich die möglichen Folgen solcher Garantien in allen Einzelheiten auszumalen. Was um alles in der Welt jagt in dieser Situation die Deutschen, so schnell wie möglich noch mehr Kriegsgerät in die Türkei zu schaffen?

Bushs türkische Karte

Die Antwort kann man sich durch einen näheren Blick auf die weltpolitischen Interessen des Westens selber geben. Es ist eine ganz schlechte Zeit, um Ankara zu sehr auf die Finger zu schauen oder gar zu maßregeln. Denn die Vereinigten Staaten setzen ganz auf eine stabile und starke Türkei an der Stelle des "islamischen Krisenbogens", der die Orientierung suchenden postsowjetischen Moslem-Republiken berührt. Das laizistische Entwicklungsmodell Türkei hat gute Chancen, in allen zentralasiatischen GUS-Republiken (außer Tadschikistan) das Rennen gegen die gefürchteten Fundamentalisten des iranischen Gottesstaatsmodells zu machen. Washington hilft dabei mit. Bushs Botschafter sitzen als verlässliche Partner schon in Baku, Aschchabad, Taschkent, Bischkek und Alma Ata. In dieser Partnerschaft gestärkt kam Ministerpräsident Demirel im Februar aus Washington zurück. Die Nörgelei der Deutschen und ihre Anmahnung der Menschenrechte für die Kurden wurden als lästige Störfaktoren empfunden. Das hat Präsident Bush wohl auch dem deutschen Kanzler bei seinem letzten Amerika-Besuch verdeutlicht, offenbar verbunden mit einem kleinen Geschäft, nach dem Motto: Stör Du nicht die amerikanisch-türkischen Ideen zur geopolitischen Reorganisation der islamischen Welt, und wir werden das in dieser Frage von Deutschland geführte Europa bei der Wiederherstellung der Ordnung auf dem Balkan wohlwollend gewähren lassen!

Gesagt, getan! Die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft, gerade von unseren türkischen Freunden ein bißchen traktiert beim Einsatz der NVA-Waffen in Südostanatolien, wurde per diplomatischen Ersthilfeinsatz wiederbelebt und kann jetzt wieder schützend die Hand über die Waffentransporte halten. Die Zehn-Wochen-Chance auf eine andere Grundlegung von Freundschaft zerschellte erst einmal an der Weltpolitik.

Ganz hoffnungslos ist die Situation aber trotzdem nicht, und dafür sorgt überraschenderweise Volker Rühe, der offenbar keine Lust hat, sich durch eine Fortsetzung der Plumpeiten Stoltenbergs an den Riffen kaum kontrollierbarer Waffenlieferungen gleich wieder wund zu schlagen. Sein Staatssekretär Schörbohm wußte am Mittwoch dem Verteidigungsausschuß mitzuteilen, daß die Waffenverladung in die Türkei auch nach diesem Briefwechsel nicht sofort wieder losgeht, der Ausschuß über die Details vorher unterrichtet werden soll und überhaupt der alte Umfang der Waffenströme nicht mehr wiederkehren werde.

Vielleicht kommt ja doch noch die Besinnung. In seltener Einmütigkeit hatten sich nämlich die Mitglieder des Verteidigungsausschusses im März darauf verständigt, mal eine umfassende Bestandsaufnahme der deutschen Türkeipolitik und der neuen Rolle dieses wichtigen Bündnispartners in Zentralasien und der islamischen Welt vorzunehmen. Vielleicht brähe eine solche Analyse eine Bahn für die Einsicht, daß Freundschaft und Kooperationsfähigkeit nicht notwendig an der Tonnage gelieferter Kriegswaffen gemessen werden muß.

(-/5. Juni 1992/rs/ks)

Ein Zeichen der Hoffnung für Südostasien
Zur Entwicklung im Königreich Thailand

Von Brigitte Adler MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Thailand, das Land der Freien, erlebte in den letzten Wochen einen Umsturz der besonderen Art. Mit einem breiten Bündnis aller Gesellschaftsschichten wurde, trotz brutalem Eingreifen der Sicherheitskräfte, ein General von der Spitze der Macht vertrieben und so ein hoffnungsvolles Zeichen gesetzt. Für Südostasien, wo Militärs immer noch in zahlreichen Staaten die selbst erputschte Macht in Händen halten und diese auch mit allen Mitteln verteidigen, war dies ein Signal für die Zukunft.

Dieser Tage führte ich ein Gespräch mit Sakool Zuesongdham, Präsident der thailändischen Bankangestelltengewerkschaft, der auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Besuch in Deutschland war. Er erläuterte die Entwicklung: "Das wichtigste Element des Widerstandes war ein übergreifendes Bündnis. Es gab keine Aufspaltung in Fraktionen und Parteien, und unser Protest beschränkte sich nicht nur auf die Hauptstadt Bangkok, sondern wurde landesweit formuliert. Die Menschen ließen sich auch nicht durch brutale Gewalt von ihren Forderungen abbringen."

Das rücksichtslose Eingreifen der Militärs habe eine bis heute unbekannt Zahl von Opfern gefordert, noch immer würden Menschen vermißt. Der demokratische Prozeß, der mit dem Sturz des Ministerpräsidenten, General Suchinda Kraprayoon, eingeleitet wurde, sei allerdings noch nicht beendet. Sakool Zuesongdham fügte hinzu: "Nach wie vor fordern wir Parlamentswahlen, denn das bestehende Parlament ist nicht frei gewählt und in seinen Entscheidungen von der Gnade der Militärs abhängig. Die stärkste Partei ist der verlängerte Arm der Generalität."

Für die Sozialdemokraten sicherte ich dem thailändischen Gewerkschafter die notwendige Unterstützung auf dem Weg zur Demokratie zu. Wichtig ist dabei vor allem, daß alle Gruppen und Parteien eine faire Auseinandersetzung führen und niemand von vornherein behindert wird. Wichtig für das Land und die politische Stabilität ist auch die zukünftige Rolle des Königshauses. Der König und seine Familie gelten in Thailand als allseits anerkannte und respektierte Autoritäten, denn die Thais haben nicht vergessen, daß ihr Land auch deshalb nie zur Kolonie wurde, weil der damalige König die Kolonialmächte mit viel Geschick an der Übernahme des Landes hinderte. Nicht umsonst versuchten die Militärs während der anhaltenden Demonstrationen, den Palast und damit den König zu isolieren, was jedoch nicht vollständig gelang.

Die Aufforderung König Bhumipols zur Beendigung des Blutvergießens brachte schließlich den Rücktritt von General Suchinda Kraprayoon. Nun muß klar sein, daß das Militär in die Kasernen gehört. Die Verantwortlichen, allen voran der gestürzte General, müssen vor Gericht gestellt werden. Die Amnestierung der Soldaten und Offiziere, aber auch des Ex-Ministerpräsidenten ist ungesetzlich und behindert den Prozeß der Demokratisierung.

(-/5. Juni 1992/rs/ks)

Der Rechtsstaat lebt nicht von guten Gesetzen allein

Zum Erfordernis, den Berliner Ermittlungsbehörden effektives Arbeiten zu ermöglichen

Von Margot von Renesse MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Geschichte und Folgen der SED-Diktatur"

Das in der DDR sowie im Zuge der Einigung geschehene Unrecht muß rechtsstaatlich aufgearbeitet, Täter müssen aufgespürt und zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, daß insbesondere die Menschen in Ostdeutschland sich mit unserem Rechtsstaat identifizieren können. Wenn die Justiz schon nicht alles, was der DDR-Bevölkerung angetan worden ist, aufarbeiten kann, dann muß doch wenigstens das, was justitiabel ist, mit größtmöglichem Engagement bearbeitet werden. Dafür aber fehlt es schon an den schlichtesten Voraussetzungen: zum Beispiel an einem zentral gelegenen, ausreichend großen Gebäude in Berlin für zusätzliche Polizeibeamte der zentralen Ermittlungsbehörde.

Dabei könnte der Bund längst geeignete Gebäude zur Verfügung stellen, die bisher von alliierten Streitkräften genutzt worden waren und von diesen freigezogen sind.

Stattdessen bietet er eine Liegenschaft in Pankow an, die - wegen Renovierungsbedürftigkeit - wahrscheinlich nicht vor Ende 1993 bezogen werden könnte. Oder er schlägt einen Standort vor, der 30 km von Berlin-Mitte entfernt ist - sodaß absehbar Dienstgänge und Kontakte zu Stellen wie Staatsanwalt oder Treuhand im Großstadtverkehr steckenbleiben müssen.

So produziert man Behördenleerlauf, aber keine effektive Ermittlungsarbeit. Der Berliner Innenminister kapriziert sich währenddessen feinfühlig auf ein ehemaliges Stasi-Gebäude - dem es noch dazu an Quadratmetern fehlt. Ähnlich hilflos stellt sich der Bund dar, wenn es um Wohnraum für die nach Berlin zu entsendenden Ermittler geht. Drittklassige Absteigen zu Wucherpreisen lassen die Gewerkschaft der Polizei zu Recht über unzumutbare Vorschläge klagen.

Der Bund sollte das Problem etwas ernster nehmen; die Finanzierung und räumliche Ausstattung der Ermittlungsbehörden in Berlin rasch regeln. Der Rechtsstaat lebt nicht von guten Gesetzen allein, sondern vor allem von erfolgreichen Strafverfolgern. Organisatorischer Dilettantismus schon hinsichtlich der grundlegendsten Arbeitsbedingungen schafft kein Vertrauen - außer bei Straftätern, denen behinderte Behörden nur recht sein können.

(-/5. Juni 1992/rs/ks)
